

Ungarns riskante Entscheidung: Freilassung von 2.500 Menschenhändlern!

Ungarn lässt verurteilte Menschenhändler frei; EU-Kommission klagt. Sicherheitsbedenken und politische Spannungen im Fokus.



Ungarn - Die ungarische Regierung hat erneut eine Freilassung von verurteilten Menschenhändlern ermöglicht. Dies geschieht im Rahmen einer umstrittenen Maßnahme, die mit der überfüllten Gefängnissituation in Ungarn gerechtfertigt wird. Wie **kleinezeitung.at** berichtet, haben seit April 2023 über 2.500 Personen, die wegen Menschenhandels verurteilt wurden, das Gefängnis verlassen. Dies betrifft größtenteils ausländische Kriminelle, überwiegend aus Rumänien, Serbien und der Ukraine.

Die ungarische Regierung, unter Premier Viktor Orbán, verfolgt

mit dieser Maßnahme das Ziel, die Kosten für die Steuerzahler zu senken und die Überbelegung in den Haftanstalten zu verringern. Ein zentrales Element der Freilassung ist, dass die Betroffenen sich zu ihrer Schuld bekennen und die Umstände der Straftat offenlegen müssen. Sie sind verpflichtet, Ungarn innerhalb von 72 Stunden nach Rechtskraft der Entscheidung zu verlassen.

Kontroversen und Sicherheitsbedenken

Die Union europäischer Staaten ist besorgt über die Auswirkungen dieser Politik. Die EU-Kommission hat bereits ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn eingeleitet, da dieser Schritt als Nichteinhaltung von EU-rechtlichen Pflichten in Bezug auf Migrantenschleppungen angesehen wird. Zudem ist die Regierung in Budapest unter Druck, da Kanzleiminister Gergely Gulyás zugab, dass die Ausreise der freigelassenen Schlepper nicht kontrolliert werden kann. Dies könnte zur Folge haben, dass einige von ihnen erneut in illegale Aktivitäten verwickelt werden.

Die Sicherheitslage in angrenzenden Ländern hat sich ebenfalls verändert. Österreich hat in Reaktion auf die Entlassungen die Grenzkontrollen verschärft und den ungarischen Botschafter einbestellt. Entscheidungsträger in Österreich sind besorgt, dass die Freilassung von verurteilten Menschenhändlern eine Sicherheitsbedrohung darstellt.

Politische Dimensionen

Die Entscheidung Ungarns, die verurteilten Menschenhändler freizulassen, könnte auch als Vergeltungsmaßnahme gegen die EU interpretiert werden, im Kontext eines anhaltenden Streits über die europäische Migrationspolitik. Ungarns stellvertretender Innenminister, Bence Retvari, betont, dass die Regierung sich zu diesem Schritt genötigt fühle, da die EU nicht an den Kosten für die Inhaftierung oder den Bau neuer Gefängnisse beteiligt sei.

Der Kampf gegen Menschenhandel und Ausbeutung ist ein zentrales Anliegen der Europäischen Union. Laut europarl.europa.eu setzen sich die Abgeordneten des Europäischen Parlaments für einen effektiveren Schutz von Opfern ein, einschließlich Maßnahmen, die gezielt auf das Eindringen digitaler Technologien in den Menschenhandel abzielen. Diese Entwicklungen stehen im krassen Gegensatz zur ungarischen Entlassungspolitik für Menschenhändler und werfen Fragen nach der sozialen Verantwortung der Mitgliedstaaten auf.

Diese Situation zeigt die Spannungen innerhalb der EU und die Herausforderungen, die sie im Umgang mit Themen wie Migration und Menschenhandel bewältigen muss.

Details	
Vorfall	Menschenhandel
Ursache	Überfüllung der Gefängnisse, Kosten für Steuerzahler
Ort	Ungarn
Quellen	• www.kleinezeitung.at • www.tagesschau.de • www.europarl.europa.eu

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at